

1. „Anzeigenauftrag“ im Sinne der nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen ist der Vertrag über die Veröffentlichung einer oder mehrerer Anzeigen eines Werbungtreibenden oder sonstigen Inserenten in einer Druckschrift zum Zweck der Verbreitung.
2. Anzeigen sind im Zweifel zur Veröffentlichung innerhalb eines Jahres nach Vertragsabschluss abzurufen. Ist im Rahmen eines Abschlusses das Recht zum Abruf einzelner Anzeigen eingeräumt, so ist der Auftrag innerhalb eines Jahres seit Erscheinen der ersten Anzeige abzuwickeln, sofern die erste Anzeige innerhalb der in Satz 1 genannten Frist abgerufen und veröffentlicht wird.
3. Bei Abschlüssen ist der Auftraggeber berechtigt, innerhalb der vereinbarten bzw. der in Ziffer 2 genannten Frist auch über die im Auftrag genannten Anzeigemengen hinaus weitere Anzeigen abzurufen.
4. Wird ein Auftrag unter Umständen nicht erfüllt, die der Verlag nicht zu vertreten hatte, so hat der Auftraggeber unbeschadet etwaiger weiterer Rechtspflichten den Unterschied zwischen dem gewährten und dem der tatsächlichen Abnahme entsprechenden Nachlass dem Verlag zu erstatten. Die Erstattung entfällt, wenn die Nichterfüllung auf höherer Gewalt im Risikobereich des Verlages beruht.
5. Anzeigen, die zum Beispiel aufgrund einer redaktionellen Aufmachung nicht als Anzeigen erkennbar sind, werden vom Verlag etwa durch Hinzufügung des Wortes „Anzeige“ deutlich als Anzeigen kenntlich gemacht.
6. Aufträge für Anzeigen und Fremdbeilagen, die erklärtermaßen ausschließlich in bestimmten Nummern, bestimmten Ausgaben oder an bestimmten Plätzen der Druckschrift veröffentlicht werden sollen, müssen so rechtzeitig beim Verlag eingehen, dass dem Auftraggeber noch vor Anzeigenschluss mitgeteilt werden kann, wenn der Auftrag auf diese Weise nicht auszuführen ist. Rubrizierte Anzeigen werden in der jeweiligen Rubrik abgedruckt, ohne dass dies der ausdrücklichen Vereinbarung bedarf.
7. Für die Preise einer Anzeige gelten die jeweils gültigen Preislisten. Nachlässe gemäß Anzeigenpreisliste werden nur für innerhalb eines Jahres erscheinende Anzeigen eines Werbungtreibenden gewährt. Die Frist für Nachlassaufträge beginnt mit dem Erscheinen der ersten nachlassberechtigten Anzeige. Bei Preis Anpassungen treten die neuen Tarife auch für laufende Aufträge mit sofortiger Wirkung in Kraft. Dies gilt nicht gegenüber Nichtkaufleuten bei Aufträgen, die innerhalb von 4 Monaten nach Vertragsabschluss abgewickelt werden sollen.
8. Der Verlag behält sich vor, Anzeigenaufträge – auch einzelne Abrufe im Rahmen eines Abschlusses – und Beilagenaufträge wegen des Inhaltes, der Herkunft oder der technischen Form nach einheitlichen, sachlich gerechtfertigten Grundsätzen des Verlages abzulehnen, wenn deren Inhalt gegen Gesetze oder behördliche Bestimmungen verstößt oder deren Veröffentlichung für den Verlag unzumutbar ist. Dies gilt auch für Aufträge, die bei Geschäftsstellen, Annahmestellen oder Vertretern aufgegeben werden. Beilagenaufträge sind für den Verlag erst nach Vorlage eines Modells der Beilage und deren Billigung bindend. Beilagen, die durch Format oder Aufmachung beim Leser den Eindruck eines Bestandteils der Zeitung oder Zeitschrift erwecken oder Fremdanzeigen enthalten, werden nicht angenommen. Die Ablehnung eines Auftrages wird dem Auftraggeber unverzüglich mitgeteilt. Der Auftraggeber trägt allein die Verantwortung für den Inhalt und die rechtliche Zulässigkeit der für die Insertion zur Verfügung gestellten Text- und Bildunterlagen. Der Auftraggeber stellt den Verlag von Ansprüchen Dritter frei, die diesen aus der Durchführung des Auftrages, auch wenn er storniert werden sollte, gegen den Verlag erwachsen. Der Verlag ist nicht verpflichtet, Aufträge oder Anzeigen daraufhin zu prüfen, ob durch sie Rechte Dritter beeinträchtigt werden. Erscheinen stornierte Anzeigen, so stehen dem Auftraggeber etwaige Ansprüche

daraus nur im Rahmen der nachstehend abgedruckten Ziffer 10 der allgemeinen Geschäftsbedingungen zu.

9. Für die rechtzeitige Lieferung des Anzeigentextes und einwandfreien Druckunterlagen oder der Beilagen ist der Auftraggeber verantwortlich. Für erkennbar ungeeignete oder beschädigte Druckunterlagen fordert der Verlag unverzüglich Ersatz. Der Verlag gewährleistet die für den belegten Titel übliche Druckqualität im Rahmen der durch die Druckunterlagen gegebenen Möglichkeiten.
10. Der Auftraggeber hat bei ganz oder teilweise unleserlichem, unrichtigem oder bei unvollständigem Abdruck der Anzeige Anspruch auf Zahlungsminderung oder eine einwandfreie Ersatzanzeige, aber nur in dem Ausmaß, in dem der Zweck der Anzeige beeinträchtigt wurde. Lässt der Verlag eine ihm hierfür gestellte angemessene Frist verstreichen oder ist die Ersatzanzeige erneut nicht einwandfrei, so hat der Auftraggeber ein Recht auf Zahlungsminderung oder Rückgängigmachung des Auftrages. Schadenersatzansprüche aus positiver Forderungsverletzung, Verschulden bei Vertragsabschluss und unerlaubter Handlung sind, auch bei telefonischer Auftragserteilung, ausgeschlossen. Schadenersatzansprüche aus Unmöglichkeit der Leistung und Verzug sind beschränkt auf Ersatz des vorhersehbaren Schadens und auf das für die betreffende Anzeige oder Beilage zu zahlende Entgelt. Dies gilt nicht für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit des Verlegers, seines gesetzlichen Vertreters und seines Erfüllungsgehilfen. Eine Haftung des Verlages für Schäden wegen des Fehlens zugesicherter Eigenschaften bleibt unberührt. Im kaufmännischen Geschäftsverkehr haftet der Verlag darüber hinaus auch nicht für grobe Fahrlässigkeit von Erfüllungsgehilfen; in den übrigen Fällen ist gegenüber Kaufleuten die Haftung für grobe Fahrlässigkeit dem Umfang nach auf den voraussehbaren Schaden bis zur Höhe des betreffenden Anzeigenentgeltes beschränkt. Reklamationen müssen, außer bei nicht offensichtlichen Mängeln, innerhalb von vier Wochen nach Eingang von Rechnung und Beleg geltend gemacht werden.
11. Probeabzüge werden nur auf ausdrücklichen Wunsch geliefert. Der Auftraggeber trägt die Verantwortung für die Richtigkeit der zurückgesandten Probeabzüge. Der Verlag berücksichtigt alle Fehlerkorrekturen, die ihm innerhalb der bei der Übersendung des Probeabzuges gesetzten Frist mitgeteilt werden.
12. Sind keine besonderen Größenvorschriften gegeben, so wird die nach Art der Anzeige übliche, tatsächliche Abdruckhöhe der Berechnung zugrunde gelegt.
13. Wenn der Auftraggeber nicht Vorauszahlung leistet, wird die Rechnung sofort, möglichst aber 14 Tage nach Veröffentlichung der Anzeige übersandt. Die Rechnung ist innerhalb der aus der Preisliste ersichtlichen vom Empfang der Rechnung an laufenden Frist zu bezahlen, sofern nicht im einzelnen Fall eine andere Zahlungsfrist oder Vorauszahlung vereinbart ist. Etwaige Nachlässe für vorzeitige Zahlungen werden nach der Preisliste gewährt. Schecks werden nur zahlungshalber unter üblichem Vorbehalt angenommen. Dies gilt auch für Zahlungen im Bankbuchungs- bzw. Lastschriftverfahren. Die Zahlungsverpflichtung des Auftraggebers erlischt erst nach vorbehaltloser Gutschrift auf einem der Konten des Verlages. Der Verlag ist berechtigt, entgegen anderslautender Bestimmungen des Auftraggebers Zahlungen zunächst auf dessen ältere Schulden, dann auf die Kosten, dann auf die Zinsen und zuletzt auf die Hauptforderung anzurechnen.
14. Bei Zahlungsverzug oder Stundung werden Zinsen sowie Einziehungskosten berechnet. Der Verlag kann bei Zahlungsverzug die weitere Ausführung des laufenden Auftrages bis zur Bezahlung zurückstellen und für die restlichen Anzeigen Vorauszahlung verlangen. Bei Vorliegen begründeter Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Auftraggebers ist der Verlag berechtigt, auch während der

Laufzeit eines Anzeigenabschlusses das Erscheinen weiterer Anzeigen ohne Rücksicht auf ein ursprünglich vereinbartes Zahlungsziel von der Vorauszahlung des Betrages und von dem Ausgleich offenstehender Rechnungsbeträge abhängig zu machen. Werden die Zahlungsfristen nicht eingehalten, so befindet sich der Auftraggeber, ohne dass es einer zusätzlichen Mahnung bedarf, ab dem Fälligkeitstage in Zahlungsverzug. Bei Zahlungsverzug ist der Verlag berechtigt, Verzugszinsen in Höhe von 5% über dem jeweils gültigen Basiszinssatz geltend zu machen.

15. Der Verlag liefert mit der Rechnung auf Wunsch einen Anzeigenbeleg. Je nach Art und Umfang des Anzeigenauftrages werden Anzeigenausschnitte, Belegseiten oder vollständige Belegnummern geliefert. Kann ein Beleg nicht mehr beschafft werden, so tritt an seine Stelle eine rechtsverbindliche Bescheinigung des Verlages über die Veröffentlichung und Verbreitung der Anzeige.
16. Kosten für die Aufertigung bestellter Druckvorlagen für vom Auftraggeber gewünschte oder zu vertretende erhebliche Änderungen ursprünglich vereinbarter Ausführungen hat der Auftraggeber zu tragen.
17. Aus einer Auflagenminderung kann bei einem Abschluss über mehrere Anzeigen ein Anspruch auf Preisminderung hergeleitet werden, wenn im Gesamtdurchschnitt des mit der ersten Anzeige beginnenden Insertionsjahres die in der Preisliste oder auf andere Weise genannte durchschnittliche Auflage oder wenn eine Auflage nicht genannt ist, die durchschnittlich verkaufte (bei Fachzeitschriften gegebenenfalls die durchschnittlich tatsächlich verbreitete) Auflage des vergangenen Kalenderjahres unterschritten wird. Darüber hinaus sind bei Abschlüssen Preisminderungsansprüche ausgeschlossen, wenn der Verlag dem Auftraggeber von dem Absinken der Auflage so rechtzeitig Kenntnis gegeben hat, dass dieser vor Erscheinen der Anzeige vom Vertreten kann.
18. Druckvorlagen werden nur auf besondere Anforderung an den Auftraggeber zurückgesandt. Die Pflicht zur Aufbewahrung endet drei Monate nach Ablauf des Auftrages.
19. Im Rahmen der Geschäftsbeziehungen werden die Daten elektronisch gespeichert und verarbeitet. Der Verlag versichert, dass diese Daten ausschließlich für die eingegangenen Geschäftsbeziehungen – und nur insoweit es gesetzlich zulässig ist – verwendet werden.
20. Erfüllungsort ist der Sitz des Verlages. Im Geschäftsverkehr mit Kaufleuten, juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder bei öffentlich rechtlichen Sondervermögen ist bei Klagen Gerichtsstand der Sitz des Verlages. Soweit Ansprüche des Verlages nicht im Mahnverfahren geltend gemacht werden, bestimmt sich der Gerichtsstand bei Nichtkaufleuten nach deren Wohnsitz. Ist der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt des Auftraggebers auch bei Nichtkaufleuten im Zeitpunkt der Klageerhebung unbekannt oder hat der Auftraggeber nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt aus dem Geltungsbereich des Gesetzes verlegt, ist als Gerichtsstand der Sitz des Verlages vereinbart. Für diese allgemeinen Geschäftsbedingungen und die gesamten Rechtsbeziehungen zwischen Verlag und Auftraggeber gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
21. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gelten sinngemäß auch für Aufträge über Beikleber, Beihefter oder sonstige technische Sonderausführungen.

1. The term "Advertisement Order" as used in the following General Conditions of Business shall refer to the contract concerning the publication of one or more advertisements of any advertiser or any other space buyer in a printed publication for circulation purposes.
2. In case of doubt, advertisements shall be called up for publication within one year of the date of conclusion of the contract. In case the right to call up individual advertisements is conceded under the terms of any contract, the order shall have to be executed to completion within one year of the date of appearance of the first advertisement, provided, however, that the first advertisement is called up and published within the period specified in Sentence 1.
3. Once contracts are concluded, the customer shall be entitled to call up, in addition to the quantities of advertisements specified in the order, further advertisements within the agreed period or within the period stipulated in item 2, as the case may be.
4. In case an order may not be executed due to circumstances for which the publisher may not be held responsible, the customer shall have to reimburse the difference between the discount granted and the discount which corresponds to the actual amounts purchased to the publisher; any further legal obligations shall remain unaffected hereby. This reimbursement shall not take place, if the non-fulfillment is due to force majeure in the publisher's area of risk.
5. Advertisements which for example are not recognizable as such because of their editorial layout shall be clearly identified as such by the publisher for instance by his inserting the word "Anzeige" (advertisement).
6. Orders for advertisements and outside loose inserts which are to be published as stated only in specific numbers, specific issues or at specific location in the publication shall have to reach the publisher in sufficient time, so that the customer may be informed before the closing date for advertisements, in case the order may not be executed in the manner specified. Without being subject to any express agreement, classified advertisements shall be printed in the appropriate classification column.
7. The prices for any advertisement shall be subject to our current price list as may from time to time be published. Discounts in accordance with the advertisement price list shall only be granted for advertisements of an advertiser which are published within a period of one year. The period of time for orders for which a discount is granted shall start with the publication of the first advertisement for which the discount is granted.
8. The publisher shall reserve the right to refuse advertisement orders – including any individual call-ups under the terms of a contract – and loose insert orders on the grounds of their content, origin or technical form, in accordance with the uniform and the relevant objectively justified principles of the publisher, if their content infringes laws or official regulations or if their publication is unreasonable for the publisher. This shall also apply to orders which are passed to branch offices, receiving offices or representatives. Loose insert orders shall become binding on the publisher only after submission of a sample of the loose insert and after approval thereof. Loose inserts which give the reader the impression of being an integral part of the newspaper or periodical as a result of their format or presentation, or those which contain outside advertisements, shall not be accepted. Refusal of an order shall be notified to the customer immediately. The customer shall be the only party bearing the responsibility for the content as well as for the legal permissibility of the text copy and the photographic material furnished for insertion purposes. The customer shall release the publisher from any third party claims against the publisher which arise in connection with the execution of an order, even in case such order might be cancelled. The publisher shall not be under the obligation to verify the orders or advertisements with regard to the possibility whether third party rights are impaired or not. In case cancelled advertisements are published, the customer shall be entitled to any possible claim arising from such publication of a cancelled advertisement only within the framework of the below mentioned Item 10 of the present General Conditions of Business.
9. The customer shall be responsible for timely delivery of the advertisement text and the perfect copy for printing or of the inserts. The publisher shall immediately request replacement of any obviously unsuitable or damaged copy for printing. Within the limits imposed by the copy for printing, the publisher shall guarantee the print quality which is usual for the title provided.
10. In the event of totally or partially illegible, incorrect or incomplete printing of the advertisement, the customer shall have a claim to a reduction in payment or to a perfect replacement advertisement, but only to the same extent as the purpose of the advertisement was inhibited. If the publisher allows an appropriate period of time set for this purpose to elapse or if the replacement advertisement is again not perfect, the customer shall have the right to a reduction in payment or to cancellation of the order. Claims to compensation for damage are ruled out on the grounds of any positive violation of claim, any negligence in concluding the contract and any tortious act, even in case of orders placed by telephone. Claims to compensation for damage arising from the impossibility of performance and delay shall be limited to replacement of the foreseeable damage and to the remuneration to be paid for the advertisement or insert in question. This shall not apply to intentional and gross negligence on the part of the publisher, his legal representative or his vicarious agent, that is any person employed by him in the performance of his obligations. Liability of the publisher for damages arising from the absence of assured qualities and properties shall remain unaffected. Furthermore, in accordance with the principles of sound commercial practice, the publisher shall not be liable for gross negligence on the part of his vicarious agents; in all other cases, liability to traders for gross negligence shall be limited, according to the extent thereof, to the foreseeable damage and up to the amount of the payment for the advertisement in question. Complaints shall have to be lodged within four weeks of the receipt of invoice and of the respective advertiser's copy, except in the case of deficiencies which are not apparent.
11. Sample proofs shall only be supplied if expressly requested. The customer shall bear the responsibility for the correctness of the sample proofs returned. The publisher shall take note of all error corrections which are advised to him within the period of time specified when the sample proof is forwarded.
12. In case no particular specifications have been made concerning the size, the charge shall be calculated on the basis of the actual printing height which is usual for the respective type of advertisement.
13. In case the customer does not make any advance payment, the invoice shall be sent immediately, but, if possible, 14 (fourteen) days after the publication of the advertisement. The invoice shall have to be paid within the period starting from the receipt of the invoice which is stated in the price list, unless a different payment period or advance payment has been agreed in individual cases. Any discounts for advance payments shall be granted according to the price list. Cheques shall only be accepted for payment purposes with the usual proviso. This shall also be applicable to payments made via bank debit transfer or direct debiting, as the case may be. The obligation to pay on the part of the customer shall become extinct only following to the amount in question being unconditionally credited to one of the publisher's accounts. Notwithstanding any other provisions to the contrary on the side of the customer, the publisher shall be entitled to appropriate payments first to any former debts of the customer, then to the costs, then to the interest, and finally to the principal pecuniary claim.
14. In the event of delayed payment or respite, interest and collection costs shall be charged. In the event of delayed payment, the publisher may hold the further execution of the current order until payment and he may demand advance payment for the remaining advertisements. If there are grounds to doubt the customer's ability to pay, the publisher shall be entitled, even during the period of validity of any advertisement contract, to make the publication of further advertisements conditional on advance payment of the total amount as well as on the settlement of outstanding invoice amounts, disregarding any terms of payment originally agreed. In the event of non-adhesion to the terms of payment is not possible, the customer shall be deemed as being in arrears – which shall not be subject to any additional reminder – from the date of maturity. In case of the customer's delay in payment, the publisher shall be entitled to charge default interest to the amount of 5% (five) above the rate for discounts valid at any given time.
15. If requested, the publisher shall supply an advertiser's copy together with the invoice. Any advertisement excerpts, any advertiser's copy pages or any full copy sets shall be supplied in accordance with the type and extent of the advertising order. In case it is impossible to provide an advertiser's copy, it shall be replaced by a legally binding certification on the part of the publisher as to the publication and circulation of the advertisement.
16. Charges for the preparation of printing proofs ordered for significant modifications to originally agreed versions, which are requested by the customer or for which the customer is responsible, shall be borne by the customer.
17. Any claim to a reduction in price may be derived from a reduction in circulation in the case of a contract concerning several advertisements, if the average circulation number given in the price list or otherwise specified, or if no circulation figure has been specified, the average sold circulation (should occasion arise, the average actual distributed circulation in the case of specialist periodicals) for the overall average of the advertising year starting with the first advertisement is less than that of the previous calendar year. In addition to this, claims to price reductions for contracts are excluded, if the publisher has given notice of the reduction in circulation to the customer in sufficient time for the customer to be able to withdraw from the contract before the publication of the advertisement.
18. Copy proofs shall only be returned to the customer if especially requested. The obligation to keep these shall expire three months after the expiry date of the order.
19. Within the framework of the present business connections any data shall be stored and processed electronically. The publisher shall guarantee that he shall avail himself of the said data exclusively for the purposes of the present business connections which have been entered into herewith, and only in so far as it shall be permitted by law.
20. Place of fulfilment shall be the registered office of the publisher. In commerce with traders, legal entities under public law or separate estates under public law, the court of competent jurisdiction for complaints shall be at the same location as the publisher's registered office. If claims by the publisher may not be settled by way of summary proceedings for order to pay debts, the court of competent jurisdiction for non-traders shall be determined on the basis of their domicile. If the domicile or place of habitual residence of the customer – in the case of non-traders, too – is unknown at the point of time when the complaint is raised, or if, after conclusion of the contract, the customer has transferred his residence to a place outside the area in which the law is valid, it is agreed that the court of competent jurisdiction shall be at the location of the registered office of the publisher. With regard to the present General Conditions of Business as well as the entire privity of contract between the publisher and the customer, the laws of the Federal Republic of Germany shall be applicable.
21. The General and Additional Conditions of Business of the publisher shall be applicable analogously also for orders for glued-on inserts, bound-in inserts or any special technical designs.